

1. Allgemeine Verwaltung und Gesetzgebung

a) Werden Sie sich vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass den Bedürfnissen von Tieren als empfindungsfähigen Lebewesen in der Schwerpunktsetzung sowie in Verordnungen und Richtlinien der EU angemessen Rechnung getragen wird?

Wir FREIE WÄHLER wollen keine Lebedtiertransporte von Schlachtvieh, die die europäischen Außengrenzen überschreiten. Darüber hinaus lehnen wir das Schächten ohne Betäubung ab. Alternativen zu Tierversuchen werden wir in Europa weiter stärken und streben langfristig das Ende von Tierversuchen an. Wir setzen uns weiterhin für eine schnelle und deutliche Verbesserung der Transportbedingungen für Tiere innerhalb der EU ein. Wir FREIE WÄHLER fordern eine Begrenzung der Transportzeiten auf maximal vier Stunden bei nationalen Transporten und innerhalb der EU auf höchstens acht Stunden. Verstöße sind konsequent zu verfolgen und zu ahnden.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen Tierschutzpolitik als eigenständigen EU-Politikbereich zu etablieren, der unabhängig von anderen wirtschaftlichen Interessen rein im Sinne des Tierwohls agiert?

Grundsätzlich begrüßen wir es, wenn der Tierschutz in den europäischen Gremien einen höheren Stellenwert bekommt. Den Tierschutz als eigenes politisches Themenfeld anzuerkennen birgt aber auch Gefahren. Momentan wird er als Querschnittsaufgabe angesehen und muss in allen relevanten Politikfeldern Beachtung finden. Sofern gewährleistet ist, dass die Anerkennung als eigenes Politikfeld nicht zu Nachteilen für die inhaltliche Arbeit führt, werden wir diese unterstützen.

c) Werden Sie sich zur Harmonisierung der Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten für ein europäisches Tierschutzrahmengesetz einsetzen, das von „Heimtieren“ über „Nutztiere“ bis hin zu „Wildtieren“ den bestmöglichen Schutz sämtlicher Tiere gewährleistet?

Die Schaffung eines EU-weiten Tierschutzrahmengesetzes ist grundsätzlich denkbar. Unsere Unterstützung würde dann aber vom Inhalt und der Praxistauglichkeit der Vorschläge abhängen. Eine breite gesellschaftliche Diskussion müsste dem Beschluss ebenfalls voran gehen.

2. Massentierhaltung

a) Werden Sie sich unter Berücksichtigung des Art 13 AEUV dafür einsetzen für alle Arten von „Nutztieren“ konkrete Vorschriften zu Zucht, Haltung, Transport und Schlachtung zu erarbeiten und zu erlassen?

Eine Weiterentwicklung der Tierhaltungsbedingungen wird von uns nachdrücklich unterstützt. Allerdings darf dies nicht zu einer weiteren Benachteiligung bäuerlich geführter Betriebe gegenüber großen, gewerblich strukturierten Anlagen führen. Eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und wirtschaftlicher Erfolg bäuerlicher Strukturen dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Eine Definition allein über die Betriebsgröße greift dabei jedoch zu kurz.

b) Werden Sie sich für ein EU-weites Verbot von offensichtlich qualvollen Haltungsbedingungen, wie z. B. der betäubungslosen Kastration von Ferkeln oder Amputation von Schwänzen und Schnäbeln, einsetzen?

Wir FREIE WÄHLER sehen die Gefahr, dass durch ein voreiliges Verbot der betäubungslosen Kastration von Ferkeln die kleinen und mittleren Betriebe aus der Ferkelproduktion und Schweinemast aussteigen, und der unerwünschte Strukturwandel hin zu Großanlagen beschleunigt wird. Wir setzen hier auf die beschleunigte Entwicklung von praxistauglichen Alternativen.

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, die aktuelle EU-Exportorientierung von tierischen „Produkten“ aufzulösen und die Produktionsmenge dem tatsächlichen Verbrauch innerhalb der EU anzupassen?

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Landwirtschaftspolitik in Europa auch künftig marktorientiert organisiert ist und keine Rückkehr zu bereits gescheiterten Strategien erfolgt. Dies darf jedoch keinesfalls zulasten der Lebensmittelsicherheit und -qualität, des Tierwohls oder der Umwelt gehen. Die Landwirtinnen und Landwirte müssen für die Bereitstellung ihrer Produkte einen gerechten Preis auf dem Markt erzielen können.

3. Landwirtschaft

a) Werden Sie sich für die Abschaffung umwelt- und klimaschädlicher Subventionen einsetzen?

Wir FREIE WÄHLER setzen uns in der Landwirtschaftspolitik für Nachhaltigkeit, Innovation und Ernährungssicherheit in allen Teilen Europas ein. Hierbei sind für uns die Wettbewerbsfähigkeit, aber auch die Eindämmung des Klimawandels die wesentlichen Elemente, die wir voranbringen wollen. Wir sind zudem überzeugt, dass durch eine wirklich nachhaltige Bioökonomie das Potenzial der erneuerbaren Energieträger noch besser ausgeschöpft werden kann. Landwirtinnen und Landwirte sind nicht nur Nahrungsmittelerzeuger, sondern haben auch einen Auftrag zur Landschaftspflege und zur Bewahrung der Schöpfung. Dieser Auftrag muss sich auch in der Verteilung der Subventionen widerspiegeln. Wir FREIE WÄHLER stehen zu einem gemeinsamen europäischen Vorgehen und eine angemessene Mittelausstattung der Landwirtschaftspolitik in Europa. Sie muss für alle Landwirtinnen und Landwirte gerecht sein und gleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen.

b) Werden Sie sich stattdessen für eine Landwirtschaft einsetzen, die deutlich weniger Energie, Ressourcen und Flächen verbraucht?

Auf jeden Fall. (siehe vorherige Frage)

c) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Mitgliedsstaaten künftig bei der Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen und Verstöße umgehend mit Sanktionen geahndet werden?

Wir FREIE WÄHLER unterstützen die Einführung und Kontrolle strenger Vorgaben, um Verstöße gegen die Luft-, Boden- und Grundwasserreinhaltung sowie der Klimagesetzgebung zu ahnden. So haben die EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Verordnungen zur Erlaubnis der Ausbringung von Gülle auf Ackerflächen. Dadurch werden insbesondere auf den Äckern in deutschen Grenzregionen regelmäßig die Gülleabfälle aus ausländischen Großmastbetrieben verteilt. Das führt nachweislich zu einer erheblichen Belastung des Grundwassers. Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb eine EU-weite Angleichung der Verordnungen und strenge Kontrollen der Gülletransporte und -ausbringungen, um die Trinkwasserqualität langfristig nicht zu gefährden.

4. Forschung

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Tierversuche verboten werden, die nicht unmittelbar lebenswichtigen Interessen des Menschen dienen (z. B. Grundlagenforschung, Prüfung von Konsumprodukten, Prüfung von Produkten, die zwar der menschlichen Gesundheit zugutekommen, für die es aber bereits vergleichbar wirksame Ersatzprodukte gibt)?

Wir wollen Alternativen zu Tierversuchen weiter stärken und streben langfristig das Ende von Tierversuchen an. Um dieses Ziel zu erreichen wird parallel zum wissenschaftlichen Fortschritt die Reglementierung von Tierversuchen schrittweise steigen müssen, bis sie im Verbot mündet.

b) Werden Sie sich für die Einsetzung von Steuerungsinstrumenten engagieren, die den Fokus der Forschung auf die Entwicklung und Anwendung von alternativen Forschungsmethoden legt, die ohne das „Nutzen“ von Tieren auskommt (z. B. Förderung alternativer Forschungen in höherem Maße als Tierversuche, nationalstaatliche Zielvorgaben, Monitoring)?

Das Ende der Tierversuche ist unser erklärtes Ziel. Deswegen wollen wir mehr investieren in die Entwicklung und Förderung von Alternativen zu Tierversuchen

5. Bildung und Verbraucherschutz

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, den EU-weiten Fleischkonsum (bspw. durch Informationskampagnen) zu reduzieren?

Ungesunde Ernährung kann gewaltige Auswirkungen auf die Gesundheit und damit die Finanzierung unseres Gesundheitssystems haben. Zu viel Zucker und sogenannte Transfette nehmen wir über unsere Nahrung auf. Wir sind keine Verbotspartei und setzen auf Aufklärung. Deshalb fordern wir detaillierte und lesbare Kennzeichnungen und Deklarierungen von Nahrungsmitteln. In freiwilligen Selbstverpflichtungen der Nahrungsmittelindustrie sehen wir ebenso die Möglichkeit, Zucker- und Transfettanteile zu reduzieren.

b) Werden Sie Kampagnen der EU forcieren und/oder unterstützen, die auf die Gesundheitsgefahren des Verzehrs bestimmter Fleischprodukte und die Vorteile einer pflanzenorientierten Lebensweise hinweisen?

Wir FREIE WÄHLER sind keine Verbotspartei. Wir setzen auf Aufklärung. Bei der Ernährung ist eine gesunde Mischung verschiedener Produkte notwendig. Wir werden keine besonderen Promotionskampagnen für oder gegen einzelne Produktgruppen in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit stellen.

c) Werden Sie ein Verbot irreführender Werbungen, Produktbezeichnungen und Packungsangaben unterstützen?

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für ein hohes Verbraucherschutzniveau in Europa ein. Hierzu ist eine klare Verbraucherinformation unerlässlich. Wir unterstützen daher eine einheitliche europäische Vorgabe für Werbung, Produktbezeichnungen und Packungsangaben.

d) Werden Sie sich für eine verbindliche Deklarationspflicht von tierischen Inhaltsstoffen und vegetarischen beziehungsweise veganen Produkten einsetzen?

Wir FREIE WÄHLER wollen bessere Verbraucherinformationen bei Lebensmitteln. Herkunft und Bestandteile der Produkte müssen leicht erfassbar sein. Wir wollen auch neue Technologien wie Blockchain nutzen, um die Rückverfolgbarkeit von Lebensmitteln zu verbessern.

e) Werden Sie sich weiteren Forderungen nach einem Deklarationsverbot „pflanzlichen Fleisches“ von Lobbyverbänden der Fleischindustrie widersetzen?

Hierzu haben wir uns als Partei noch nicht positioniert.

Falls nein, werden Sie sich dafür einsetzen, sämtliche irreführende Produktbezeichnungen (wie die eingangs exemplarisch erwähnten) abzuschaffen?

6. „Wildtiere“

a) Werden Sie sich jedem Versuch, das geltende EU-Umweltrecht aufzuweichen und zum Beispiel der Herabstufung des Schutzstatus des Wolfs zuzustimmen widersetzen? Sorgen Sie für die Aufrechterhaltung und die konsequente Umsetzung des Schutzstatus des Wolfs?

Wir FREIE WÄHLER stehen zum Artenschutz. Allerdings muss es möglich sein, resultierende Konflikte mit Augenmaß zu lösen: Der Wolf darf nicht zu einer Gefahr für die Alp, Alm und Weidewirtschaft werden. Sollte es durch Wölfe oder Luchse zu einem Vieh-Verlust gekommen sein, müssen die Geschädigten nach Bestätigung befähigter Gutachter, wie etwa Kreis- oder Landesveterinäre, schnell und unbürokratisch entschädigt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass bei Erreichen des erhaltungswürdigen Zustands zum Wohle der Weidewirtschaft gezielt Wölfe entnommen werden können. Hierzu muss sein Schutzstatus entsprechend angepasst werden.

b) Werden Sie sich für europaweite Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt (z. B. biologische Schädlingsbekämpfung, Verbot bzw. Eindämmen besonders aggressiver Insektizide wie Neonicotinoide, Einsatz von Blühstreifen, Verzicht auf Monokulturen, Wildbienenschutz etc.) einsetzen?

Wir FREIE WÄHLER kämpfen für den Schutz der Artenvielfalt in Europa. Insbesondere mit Blick auf das Insektensterben setzen wir uns für mehr europäisches Engagement ein. Wir werden uns weiterhin für saubere Luft, den Schutz unserer Gewässer und der Böden einsetzen.

c) Werden Sie sich für ein europaweites generelles Verbot des Elfenbeinhandels sowie für ein Verbot von Import, Besitz und Verkauf von Tieren und „Trophäen“, die in ihrem Heimatland illegal eingefangen, getötet oder exportiert wurden, starkmachen?

Wir FREIE WÄHLER unterstützen ein europaweites Verbot des Elfenbeinhandels. Ein generelles Importverbot von Jagdtrophäen halten wir nicht für zielführend. Die 197 ausgestellten Sondergenehmigungen für den Import von „geschützten“ Jagdtrophäen im Jahr 2018 betrafen ausschließlich legale Entnahmen, dessen Erlöse den Schutzgebieten zugekommen sind. Wilderei darf in diesem Zusammenhang jedoch nicht nachträglich genehmigt werden.

d) Werden Sie sich für die Einführung einer EU-Verordnung einsetzen, welche die Haltung von „Wildtieren“ in Gefangenschaft und das Verbot der Haltung von „Wildtieren“ in Zirkussen regelt?

Wissenschaftliche Erkenntnisse bilden stets die Grundlage von verantwortungsvollen politischen Entscheidungen. Deswegen muss auch die EU-Zoorichtlinie kontinuierlich weiterentwickelt werden. Zum einen im Interesse der Tiere, aber auch um die gesellschaftliche Akzeptanz für die Funktion von zoologischen Einrichtungen beim Artenschutz und der Bildung zu erhalten.

7. „Haustiere“

Werden Sie sich für eine Verpflichtung von Online-Händlern zur Prüfung von Anbietern auf deren Identität (z. B. Welpenverkauf auf eBay Kleinanzeigen) einsetzen?

In mehreren Anträgen im Bayerischen Landtag haben wir FREIE WÄHLER die Aufnahme des illegalen Welpenhandels als Straftatbestand im Tierschutzgesetz gefordert. Bußgeldverfahren, die in vielen Fällen rasch wiederingestellt werden, reichen nicht ansatzweise aus, um kriminelle Tiertransporte in den Griff zu bekommen, da die meist vom Ausland agierenden Hintermänner werden bisher nur selten gefasst werden. Hierzu brauchen wir auf europäischer Ebene eine koordinierte Vorgehensweise.

8. Umwelt- und Naturschutz

a) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Klimaschutzpolitik in der nächsten Legislatur des Europäischen Parlaments die oberste Priorität eingeräumt wird?

Wir FREIE WÄHLER wollen die UN-Nachhaltigkeitsziele und das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umsetzen. Wir wollen das Instrument des EU-Emissionshandels weiter stärken und auf dieser Basis das CO₂-Bepreisungssystem global ausrichten. In einem ersten Schritt streben wir eine Übernahme im G20-Rahmen an. Hierfür gilt es, den Emissionshandel durch Ausweitung auf weitere Sektoren zu stärken. Wir wollen das Pariser Klimaschutzabkommen künftig zur Grundlage von internationalen Handelsvereinbarungen machen. Solange die USA sich diesen Zielen nicht verpflichtet, sollte nicht über ein weiteres Freihandelsabkommen diskutiert werden.

b) Werden Sie sich für natürliche Maßnahmen einsetzen oder Maßnahmen unterstützen, die einen Entzug von CO₂ aus der Atmosphäre vorantreiben, wie z. B. großflächige Aufforstungen, langfristige stoffliche Nutzung von Biomasse statt deren Verbrennung, Einarbeitung von Holzkohle in Ackerböden (Terra preta)

Unsere Wälder spielen eine wichtige Rolle für den Klimaschutz. Sie sind nicht nur gewaltige Kohlenstoffspeicher, sondern ein wichtiger nachwachsender Baustoff und Energieträger. Wir FREIE WÄHLER unterstützen europäische Maßnahmen für das Begründen klimastabiler Wälder und deren nachhaltige Bewirtschaftung.

c) Werden Sie sich für umfassende Maßnahmen zu einer deutlichen Reduzierung des Plastikaufkommens in unserer Umwelt einsetzen oder solche Maßnahmen unterstützen (z. B. Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer, EU-weites Verbot jeglichen Einwegplastiks, Einführung von verpflichtenden und stetig steigenden Recyclingquoten für alle Mitgliedsstaaten, Einführung einer Verpflichtung von Herstellern zur Rücknahme von Recyclingabfall)?

In der EU werden jährlich 25 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle produziert. Vieles davon landet am Ende in den Meeren und Ozeanen und kann als Mikroplastik Eingang in unsere Nahrungskette finden.



Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, die Menge der Kunststoffabfälle deutlich zu reduzieren und die Möglichkeiten der vollständigen Wiederverwendung zu verbessern. Die derzeit geltenden Regelungen sind nicht ausreichend und müssen dringend überarbeitet werden. Um unsere Weltmeere zu schützen, setzen wir FREIE WÄHLER uns für eine von der EU geförderte Initiative ein, mit moderner Technik Kunststoffabfälle aus den Europa umgebenden Meeren zu filtern.